



DIE WIRTSCHAFT *in Kriegszeiten*

Energieversorgung, Lieferkettenunterbrechungen, Sanktionsrückwirkungen – der Angriffskrieg Russlands auf seinen Nachbarstaat bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Wirtschaft in Bremen und Niedersachsen. Gleichzeitig zeigen die Unternehmen in Norddeutschland Solidarität und helfen unter anderem geflüchteten Menschen aus der Ukraine.

» **B**ereits Ende Februar 2014 begann der Russisch-Ukrainische Krieg in Form eines hybriden regionalen bewaffneten Konflikts auf der ukrainischen Krim. Mit ihrer völkerrechtswidrigen Annexion und

dem Aufbau bewaffneter Milizen in Donezk und Luhansk folgten daraufhin weitere Schritte der Eskalation seitens Russlands. Die Minsker Abkommen konnten zwar die Lage vor Ort einige Zeit stabilisieren, jedoch baute die Russische Föderation ab vergangem Sommer massiv Truppen an der ukrainischen Grenze auf. Die Invasion in das Nachbarland startete dann am 24. Februar 2022. Als Reaktion auf den Angriffskrieg verschärften EU, USA und weitere Staaten ihre bestehenden Sanktionen gegen Moskau deutlich. Diese betreffen unter anderem die Bereiche Energie, Finanzen und Transport.

Sanktionen gegen Russland

Folgen für das eigene Geschäft

Schon Anfang März waren die Auswirkungen des Krieges und der beschlossenen Maßnahmen auf die Versorgungswege der Wirtschaft in Bremen

und Niedersachsen spürbar. „Unsere Unternehmen stehen geschlossen hinter den Sanktionen gegen Russland“, erklärt der Präsident des AGA Norddeutscher Unternehmensverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistung e. V. Dr. Hans Fabian Kruse. „Der Groß- und Außenhandel fußt auf der friedlichen Völkerverständigung, dem Miteinander auf den Märkten und der Toleranz gegenüber anderen. Dafür sind die Unternehmen bereit, Verantwortung zu übernehmen. Auch wenn das bedeutet, dass die Sanktionen dem eigenen Geschäft direkt oder indirekt schaden.“ So war bereits ein großer Teil der norddeutschen Händler und Dienstleister mit den Folgen des Ukraine-Krieges für das eigene Geschäft konfrontiert und rechnete damit, dass die Auswirkungen noch zunehmen werden (44 Prozent). 38 Prozent spürten noch keine Konsequenzen, stellten sich aber darauf ein. Gleichzeitig befürwortete eine große Mehrheit die Sanktionen gegen Russland: 54 Prozent halten die Maßnahmen für genau richtig und 42 Prozent sind für noch strengere Sanktionen. Das hatte zumindest eine Blitzumfrage unter den AGA-Mitgliedsunternehmen am 3. und 4. März ergeben. Als direkte Konsequenz des Krieges und der Sanktionen erwarteten die Firmen vor allem weiter steigende Energiekosten (84 Prozent) sowie Engpässe und erhöhte Beschaffungspreise durch gestörte Lieferketten (68 Prozent). Knapp ein Viertel der befragten Unternehmen zeigten sich bereits öffentlich solidarisch mit der Ukraine, etwa durch Geld- und Sachspenden, Hilfslieferungen oder Aktivitäten in den sozialen Medien. 47 Prozent der Firmen waren noch unentschlossen und 29 Prozent hielten sich öffentlich bedeckt.

Einschnitte für die Betriebe

Existenzbedrohende Situation

„Die niedersächsische Wirtschaft steht in großer Mehrheit absolut hinter den Sanktionen – auch wenn inzwischen deutlich erkennbar wird, was das an Einschnitten für die Betriebe bedeutet“, sagt auch Maike Bielfeldt, Hauptgeschäftsführerin der IHK Niedersachsen. „Viele brechen ihre Geschäftsbeziehungen nach Russland ab, nicht nur im Export, sondern auch im Import – hier belastet

die Suche nach neuen Lieferanten die Lieferketten deutlich und viele Betriebe stehen ungelösten Haftungsfragen im Russlandgeschäft gegenüber“, berichtet sie. Aber auch dort, wo unbelastet von Sanktionen noch Geschäftsverbindungen bestanden haben, behinderten Einschränkungen der Logistik den Ablauf erheblich.

„Für einzelne Unternehmen, die bisher besonders große Umsatzanteile mit russischen Partnern erzielt haben, wird die Situation existenzbedrohend.“ Der stellvertretende Hauptgeschäftsführer der

Unternehmerverbände Niedersachsen e. V. (UVN), Christoph Meinecke, weist auf die durch Lieferengpässe entstehenden Produktionsstopps hin. „Dazu kommen die dramatischen Energiepreissteigerungen, die viele Betriebe gefährden.“ Darüber hinaus seien bestehende Preiskalkulationen innerhalb weniger Tage durch stockende Lieferketten und explodierende Logistik-, Rohstoff- und Treibstoffpreise über den Haufen geworfen worden. „In allen Branchen von Industrie über die Ernährungswirtschaft, den ÖPNV, den Bau bis zum Handwerk“, hält Meinecke fest.

Störungen in der Lieferkette

Vergabe öffentlicher Aufträge

Um die Wirtschaft bei den Auswirkungen zu unterstützen, reagierten die Länder mit unterschiedlichen Maßnahmen. So rief beispielsweise die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, Kristina Vogt, und die Handelskammer Bremen Unternehmen aus Bremen und Bremerhaven für schnelle und unkomplizierte Hilfestellungen frühzeitig dazu auf, Störungen in der Lieferkette sowie wirtschaftliche Betroffenheit zu melden, die den Russland-Sanktionen zuzuschreiben sind oder das eigene Engagement in der Ukraine betreffen. Zentraler Anlaufpunkt dafür: die „Kontaktstelle Lieferketten“, die 2020 infolge der wirtschaftlichen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie bei der Kammer eingerichtet wurde. Das Niedersächsische Wirtschaftsministerium hingegen erleichterte Mitte März etwa die Vergabe öffentlicher Aufträge, um öffentliche Auftraggeber sowie die Wirtschaft bei der Bewältigung der Kriegsfolgen zu unterstützen.

AUSWIRKUNGEN UND REAKTIONEN IM NORDEN



AGA-Präsident Dr. Hans Fabian Kruse



Hauptgeschäftsführerin Maike Bielfeldt (IHK Niedersachsen)





Konzertierte Zusammenarbeit

Humanitäre Hilfe für Bedürftige

Tatsächlich zeigten sich viele Unternehmen in Norddeutschland trotz eigener Schwierigkeiten von Beginn an solidarisch und engagierten sich vielfältig beziehungsweise engagieren sich noch immer. „Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, das Leiden der ukrainischen Bevölkerung zu mindern“, so Alexander Heine, Geschäftsführer der CM Logistik Gruppe. „Dabei glauben wir nicht an Alleingänge. Vielmehr braucht es die konzertierte Zusammenarbeit internationaler Partner, um den Betroffenen effektiv zu helfen.“ So unterstützt das Logistikunternehmen aus Stuhr bei Bremen zusammen mit anderen Betrieben und Einzelpendern die HSP Steuer Bremen, um humanitäre Hilfe für Bedürftige zu gewährleisten. Dabei kombinieren die einzelnen Unterstützer ihre individuellen Stärken, um effektiv Hilfesuchenden zu helfen. „Hier greifen verschiedene Kompetenzen ineinander: Einige beschaffen die Waren, andere sammeln finanzielle Mittel. Wir wiederum liefern das logistische Know-how und die Geräte, um alles dorthin zu bringen, wo es die Menschen brauchen“, erläutert Heine. Bereits am 3. März erreichte ein Lastkraftwagen, den CM Logistik bereitstellte und der vollgeladen wurde mit Produkten und Waren des täglichen Gebrauchs, die ukrainisch-ungarische Grenze, wo das Umladen in kleinere Verpackungen und Kisten sofort begann und die dortigen Verantwortlichen den Weitertransport in die Kriegsgebiete und Flüchtlingszentren organisierten.



Geschäftsführer
Alexander Heine
(CM Logistik Gruppe)

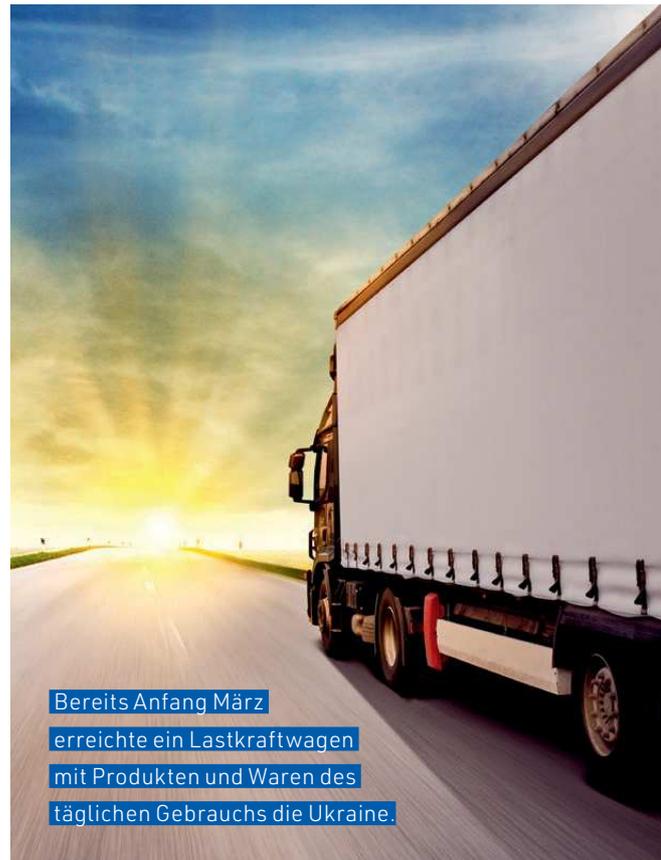
Schnelles Handeln gefragt

Perspektive mit Beschäftigung

Bis zu 20 Schutzsuchende aus der Ukraine können außerdem seit Ende März in den Räumen der gemeinsamen Geschäftsstelle von Nordmetall, AGV Nord und der Vereinigung der Unternehmensverbände Mecklenburg-Vorpommern (VU) in Schwerin unterkommen. Eine Mutter mit zwei Jungen ist als Erste in die neu geschaffenen Wohnräume an der Graf-Schack-Allee eingezogen. Ebenfalls ein Beispiel für das vielfältige Engagement im Norden. „Seit Jahren unterhalten die Arbeitgeberverbände in Norddeutschland gute und intensive Kontakte in die Ukraine. Die nutzen wir jetzt,



Hauptgeschäftsführer
Dr. Nico Fickinger
(Nordmetall
und AGV Nord)



Bereits Anfang März
erreichte ein Lastkraftwagen
mit Produkten und Waren des
täglichen Gebrauchs die Ukraine.

um die Menschen im und aus dem Kriegsgebiet zu unterstützen“, sagt Dr. Nico Fickinger, Hauptgeschäftsführer von Nordmetall und AGV Nord. „Doch auch die Politik muss weiterhin ihren Teil dazu beitragen, dass die Menschen gut versorgt werden – dazu gehört außer der Nothilfe auch, perspektivisch die Integration derjenigen Kriegsflüchtlinge, die sich in unserem Land eine neue Existenz aufbauen wollen, in den hiesigen Arbeitsmarkt weiter zu beschleunigen“, mahnt der Arbeitgebervertreter. „Gerade weil derzeit unklar ist, ob und wie lange die Menschen in Deutschland bleiben möchten, ist schnelles und unbürokratisches Handeln gefragt.“ Das betreffe zunächst die Arbeit der Ausländerbehörden, die in einem ersten Schritt einen schnellen Zugang zu passenden Sprachkursen ermöglichen müssten. Auch die notwendige Anerkennung von Berufsabschlüssen ukrainischer Fachkräfte sei schnellstmöglich zu gewährleisten. „Nur im Schulterschluss von Politik und Wirtschaft kann es uns gelingen, den aus der Ukraine geflüchteten Menschen eine Perspektive mit Beschäftigung in Deutschland zu geben – sofern sie dies denn möchten“, betont Dr. Fickinger.